Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Direktion für Entwicklung und
Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern

3. März 2015

Vernehmlassung zur Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) haben uns mit Schreiben vom 17. Dezember 2014 die Unterlagen zur Vernehmlassung zur Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas zur Vernehmlassung zugestellt. Wir nehmen wie folgt Stellung:

Das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 24. März 2006 (BG Ost; SR 974.1) trat per 1. Juni 2007 für zehn Jahre in Kraft. Die Schweiz unterstützt seit Anfang der 90er-Jahre die Transitionsprozesse in den Ländern Osteuropas. Die Zusammenarbeit hat sich insgesamt bewährt. Diese Art der Unterstützung liegt sowohl im Interesse der betroffenen Staaten, wie auch der Schweiz. So trägt die Konsolidierung der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft zur Sicherheit in Europa bei. Mit der Verringerung von Armut und Ungleichheiten können Spannungen reduziert werden. Durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Unterstützung von KMU können neue Arbeitsplätze geschaffen und damit Migrationsströme eingedämmt werden. Zudem stellen die Volkswirtschaften Osteuropas grosse Exportmärkte dar und eröffnen Investitionsmöglichkeiten. Mit der Weiterführung der bisherigen Zusammenarbeit können die Transitionsprozesse widerstandsfähiger gemacht und teilweise wieder belebt werden. Leider konnten während der bisherigen Zusammenarbeit auch Rückschläge nicht ausgeschlossen werden. Diese sind teilweise auf bewaffnete Konflikte oder auf den Einfluss von mächtigen Interessengruppen zurückzuführen.

Wir sind überzeugt, dass die Transitionszusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas bis 2024 weitergeführt werden soll und unterstützen deshalb grundsätzlich die Verlängerung der Geltungsdauer des BG Ost.

Die konkreten Fragen beantworten wir wie folgt:

- Wir befürworten die Verlängerung der Rechtsgrundlage der Transitionszusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas im Rahmen der Gesetzesvorlage.

- Wir befürworten die Verlängerung der Rechtsgrundlage des Schweizer Beitrags zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU im Rahmen der Gesetzesvorlage. Wir nehmen gleichzeitig zur Kenntnis, dass damit kein neuer finanzieller Beitrag beschlossen wird. Allfällige neue finanzielle Beiträge werden dem Parlament in separaten Vorlagen unterbreitet.
- Wir befürworten eine Befristung der Gesetzesvorlage bis Ende 2024.
- Die Überführung der Transitionszusammenarbeit ab 2025 unter das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe erachten wir aus heutiger Sicht als sinnvoll. Zu dieser Frage möchten wir uns aber zum Zeitpunkt und in Würdigung der dazumal geltenden Umstände äussern, wenn ihre Beantwortung zeitlich unabdingbar ist.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Roland Heim
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatschreiber